

Jede Seite glaubt immer noch an ihren Sieg

Ukraine, ATACMS: „Freigabe der Reichweite löst heftigen Streit in den USA aus“, FR-Politik vom 19. November

Wollen wir unsere Kinder in den Krieg schicken?

Die westliche Kriegspropaganda und Kriegstreiberei ist unerträglich und steht der russischen in nichts nach. Der ukrainische Traumtänzer hätte bereits vor einem Jahr Waffenstillstandsverhandlungen führen müssen. Nun ist es zu spät, da helfen auch keine neuen Waffen, es fehlen die Soldaten. Oder wollen wir unsere Kinder in den Krieg schicken? Jetzt hilft nur noch Land gegen Tod und Grauen. Handelnde Personen werden wechseln und nach einem Waffenstillstand gerechte Friedensverhandlungen begleiten. Auch wenn dies 30 Jahre dauert, ist jeder weitere Tote einer zu viel. Verhandlungen jetzt!

Robert Siedler, Frankfurt

Trumps Wahlsieg hat die Situation verändert

Vor über einem Jahr hat Professor Varwick einen sehr guten Beitrag zum unsäglichen Ukrainekrieg gebracht. Seine Schlussfolgerung: Bei einer politischen Lösung – und nur eine solche kommt für ihn richtigerweise in Betracht – sollte nicht nur auf Gerechtigkeit geachtet werden, sondern in Anbetracht des dadurch verursachten menschlichen Leidens auch auf Schadensbegrenzung, Stabilität und Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen und Ambitionen. Verhandeln, um eine weitere Eskalation zu verhindern!

Keine Seite wird ihr derzeit gewünschtes Ziel ohne eine nicht einschätzbare Eskalation

dieses mörderischen Konflikts erreichen. Verhandlungen sind daher unabdingbar. Dem standen bisher allerdings die Uneinigkeit der EU, gemeinsam aufzutreten, um von Russland als Gesprächspartner akzeptiert zu werden, und der erhebliche Einfluss der Nato entgegen, die aus machtpolitischen Gründen der bestimmenden USA bisher voll hinter den Gebietsansprüchen des ukrainischen Präsidenten stehen.

Diese Situation hat sich durch die Wahl von Donald Trump geändert. Aufgrund seiner Überzeugung ‚Amerika first‘ in Verbindung mit der Verschiebung der Gewichte durch die neue Weltmacht China und der wachsenden Bedeutung des pazifischen Raums für die USA ist sein Interesse an Europa vor allem wirtschaftlicher Natur. Folgerichtig will er den Ukraine-Krieg notfalls auch gegen die Gebietsansprüche Selenskyjs beenden. Die durchgesickerten Pläne Trumps sehen das Einfrieren der durch Russland eroberten neuen Grenzen mit einer Pufferzone vor und einen Verzicht der Ukraine auf den Natobeitritt für 20 Jahre. Wer die Sicherheiten dafür stellt, wäre dann Verhandlungssache. Europa, das eigentlich mitreden müsste, bliebe wohl aufgrund seiner Uneinigkeit und der schwachen Präsidentin der EU-Kommission weiter außen vor.

Die Nato und erst recht die EU haben bisher keine für Russland verhandlungsfähige Lösung angeboten. Es bliebe als Ergebnis einer neuen Lösung immerhin, dass weitere tausende Tote und unerträgliches Leid den betrof-

fenen Menschen erspart bliebe. Und das wäre sicher das Wichtigste.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Ein Ende ist weiterhin nicht abzusehen

Je länger ein Krieg dauert, je mehr unterliegt er einer Verschleißökonomie der öffentlichen Wahrnehmung insbesondere der Länder, die nicht direkt betroffen sind. Dass neben der Unzahl ziviler Opfer von beiden Seiten nicht gezählte oder nicht veröffentlichte Hunderttausende gefallene und schwerverletzte Soldaten*innen hinzuzurechnen sind, davon muss man ausgehen. Ein Ende ist nicht abzusehen, das ist das Schlimmste.

Jede Seite glaubt an ihren Sieg oder daran, dass sie sich solche Vorteile auf dem Schlachtfeld erkämpfen kann, dass ein Friedensschluss für sie günstig scheint. Heute stehen die Dinge so, dass kaum noch bedeutende Geländegewinne erzielt werden können und die Gegner sich umklammernd ausbluten. Im Westen hat man das gute Gefühl, auf der richtigen und moralisch überlegenen Seite zu stehen. Ohne übrigens Vorgeschichte, Zusammenhänge und Ursachen eingehender untersuchen zu müssen. Eine Voraussetzung für einen „gerechten“ Friedensschluss am Ende. Jetzt können wir nur hoffen, dass Putin sich zurückhält, wenn er erklärt, dass weitreichende Raketen einen Eintritt der Nato in den Krieg bedeuteten.

Jörg Sternberg, Hanau

Diskussion: frblog.de/atacms



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241119

Das Problem ist die ungleiche Verteilung

Zu: „Atempause für Rente“, FR-Meinung vom 15. November

Gerede vom Konflikt der Generationen

Seit dem Siegeszug des Neoliberalismus vor 40 Jahren ist es gelungen, mit der demographischen Entwicklung die Notwendigkeit einer Senkung des Rentenniveaus und Erhöhung des Renteneintrittsalters zu suggerieren. Von „begründen“ können wir nicht sprechen, weil absurderweise der entscheidende Parameter der Produktivität einfach systematisch ignoriert wird.

Das ist leider auch bei diesem Leitartikel der Fall. Nur weil „Anfang der 1960er Jahre“ auf einen Rentner noch sechs Beitragszahler kamen, „aktuell nur noch zwei“, sei es nach Meinung des Autors „nicht schwer zu verstehen“, „dass diese Entwicklung Folgen für die Beiträge und das Niveau der Altersbezüge haben“ müsse. Und: „Muss es angesichts der steigenden Lebenserwartung nicht doch eine Anhebung des Renteneintrittsalters geben?“

Demgegenüber sollte es mit Blick auf das volkswirtschaftlich keineswegs schrumpfende Sozialprodukt tatsächlich „nicht schwer zu verstehen“ sein, dass

eine Senkung der Bezüge für die wachsende Gruppe der Rentner*innen zu einer Steigerung der Bezüge anderer Gruppen führen muss. Wenn dies nicht die Beitragszahler*innen sind, müssen es wohl andere sein, vielleicht diejenigen, in deren Taschen die Produktivitätsgewinne landen.

Statt uns einen „Generationenkonflikt“ einreden zu lassen und damit das „Solidaritätsprinzip“ zu untergraben, uns verleiten zu lassen, darüber streiten, ob „Beitragszahler*innen“ oder „Rentner*innen“ die „Belastungen“ durch diese ungerechte Umverteilung von oben nach unten zu tragen haben, sollten wir die Debatte vom Kopf auf die Füße stellen und, wenn es schon um „Gerechtigkeit“ gehen soll, das Ganze in den Blick nehmen und mit der Rentenreform die extremen Einkommens- und Vermögenssteigerungen des reichsten Prozent der Bevölkerung in die Finanzierung einbeziehen und die extrem gefährliche Ungleichverteilung korrigieren, indem wir sie umkehren. Wenn uns der Mut zu den notwendigen Veränderungen fehlt, überlassen wir die Ver-

änderungen den Rechtspopulisten und Faschisten.

Während wir dabei sind, die Lebensgrundlagen der jungen Generation (und der Menschen im globalen Süden) im Zeitalter des Anthropozän, des Klimakollaps und des Artensterbens irreversibel zu zerstören, wegen der Rentenbeiträge „keine guten Aussichten für die jüngere Generation“ zu sehen, finde ich an sich schon ignorant.

Karl Höhn, Frankfurt

Werden „die Jungen“ denn nicht älter?

Im Leitartikel wird heftig kritisiert, dass die geplante Rentenreform „eine einseitige Belastung der jüngeren Generation“ bedeutet hätte, und es wird nach Einschnitten für die Älteren wie Absenkung beim Rentenniveau, Anhebung des Renteneintrittsalters und „Umschichtungen innerhalb der Rentnergeneration“ (?) gefragt. Ich frage mich: Werden „die Jungen“ nie älter? Würden jetzige Einschnitte dann nicht für eine umso stärkere Belastung der künftigen Rentner sorgen?

Monika Lammers-Goebel, Frankfurt

Netanjahus Prioritäten

Zu: „Viel mehr Waffenexporte an Israel“, FR-Politik vom 25. Oktober

In Deutschland haben die demokratischen Parteien zu Recht eine Brandmauer gegen die AfD errichtet. Für die rechtsextrem Regierung in Israel gelten offensichtlich andere Maßstäbe. Hier gilt weiterhin die deutsche Staatsräson, gerne auch kombiniert mit dem Begriff der Wertegemeinschaft. Der Begriff „deutsche Staatsräson“ scheint zu implizieren, dass wir die israelische Regierung bedingungslos unterstützen, egal was sie tut. Netanjahu hat die Rechtsextremen Smotrich und Ben Gvir in sein Kabinett geholt und sich damit von ihnen abhängig gemacht. Sie sichern seine Position als Premier und schützen ihn vor Strafverfolgung durch die israelische Justiz wegen Korruption. Die Befreiung der verbliebenen Geiseln hat für sie keine Priorität. Ihr erklärtes Ziel ist, die Palästinenser aus dem Westjordanland zu vertreiben und ein Groß-Israel zu schaffen. Sozusagen ein „From the river to the sea“ aus israelischer Perspektive. Als Finanz- und Sicherheitsminister haben sie neben dem Willen auch die Mittel und die Ressourcen, um dieses Ziel umzusetzen.

Im Schatten des Krieges schreitet die Vertreibung palästinensischer Familien kontinuierlich voran. Familienväter, die ihre Familien und ihr Eigentum schützen wollen, werden zusammengeschlagen oder niedergeschossen. Angesichts der Bilder aus dem Gazastreifen und den Verbrechen im Westjordanland droht die Erinnerung an die Gräueltaten der Hamas vom 7.10.23 zu verblassen. Dabei hat sie diesen Krieg ausgelöst.

Ja, Israel hat das Recht, sich zu verteidigen. Ein Recht auf Vertreibung und Besiedlung hat es nicht. Die Lieferung von Waffen zur Verteidigung muss die deutsche Regierung an Bedingungen knüpfen wie z.B. den Stopp der Vertreibung und der völkerrechtswidrigen Besiedlung. Martin Morgenroth, Frankfurt

So viel Hoffnung

Myanmar: „Gerettet aus dem Krieg“, FR-Titel und FR7 vom 16. November

Seit fast 50 Jahren bin ich Abonnent und Leser der Frankfurter Rundschau und bin so froh, dass es sie immer noch gibt. Ich danke der Redaktion sehr herzlich für Artikel und Reportagen wie am letzten Wochenende über Kinder und Lehrer im Grenzgebiet zwischen Myanmar und Thailand. In Zeiten, in denen die Verachtung für Menschen scheinbar alles beherrscht, tut es einfach gut, von Menschen zu lesen, die mit den knappsten Mitteln trotzdem eine Menschlichkeit schaffen, die so viel Hoffnung vermittelt. Eine Hoffnung, die zu erhalten in unserer Gesellschaft so schwer geworden ist. Thomas Hüller, Frankfurt

FR ERLEBEN

Gregor Haschnik moderiert die Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Korruption als Schmiermittel oder Spaltpilz der Gesellschaft?“ Mit Ivo Engels (Professor an der TU Darmstadt) und Volker Siefert (Freier Journalist, HR).
Montag, 25. November, 18 Uhr
Theater Moller Haus, Sandstraße 10 Darmstadt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Autor Ingar Solty über die Folgen der Wahlen in den USA.
Donnerstag, 28. November, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest im Friseursalon unter dem Motto „Süß und spannend“ aus seinem Offenbach-Krimi „Die kalte Erika“. Es gibt Honig aus eigener Imkerei. Gläser für Getränke bitte selbst mitbringen. Eintritt frei.
Freitag, 10. Januar 2025, 19 Uhr
Coiffeur Harwarth, Senefelderstr. 6 Offenbach